

Rede vom 27. November 2008, Feststellung Bundeshaushalt 2009 II

Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch wenn es einfach wäre, jetzt zu sagen: „Ich mache bei diesem Schönen und Guten mit“, bleibe ich als Haushaltsausschussvorsitzender doch dabei: Ja, es ist richtig, das Elterngeld auszubauen. Ja, es ist richtig, mehr Geld für Kinder zu geben. Ja, es ist richtig, für die Schwachen in unserer Gesellschaft mehr Leistungen von den Starken zur Verfügung zu stellen. Aber eines muss man bei diesem Haushalt für die Zuhörer, die jetzt hier sind oder die am Fernseher sind, sagen: Immer daran denken: Geld ist endlich.

Das geht nicht, wie von den Linken immer gesagt wird: Mehr Geld für alle von niemandem. – Irgendwo muss das herkommen.

Ich erwarte von Familienpolitikern und von Ihnen, Frau Ministerin – Sie wissen es –, dass gesagt wird: Vorsicht! Wo ist die Grenze dessen, was wir als Gesellschaft können? Wenn wir nämlich weiter so agieren, dass wir uns, sobald schlechte Zeiten kommen, immer wieder über alle Maßen verschulden, ohne vorher Reserven geschaffen zu haben, dann nützt das den Kindern überhaupt nichts; denn die Schulden, die wir heute machen, müssen entweder unsere Kinder später abbezahlen, oder uns fehlt, wenn wir sie abtragen, das Geld für Bildungs- und Forschungsausgaben, die nötig sind, um eine Zukunft zu gestalten, auf die unsere Kinder Anspruch haben. (Beifall bei der FDP)

Ich weiß, es ist immer leicht und schön, nur für das Gute zu sprechen und Leistungen einzufordern. Aber man muss aufpassen. Dem Elterngeld als Grundleistung – Sie haben es gesagt – stimmen wir zu. Aber nach dem, was Sie und Ihr Haus gemacht haben – erst wird mehr Elterngeld gefordert, dann kommt man gegen Ende des Jahres wieder und spricht davon, dass mehr Erziehungsgeld nötig ist, und verweist dabei darauf, dass die Länder es nicht entsprechend abgefordert haben –, bin ich sehr gespannt, was noch kommt. (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Kollege!)

Am Ende steckt dahinter wahrscheinlich eine einfache Theorie: Beim Elterngeld, beim Erziehungsgeld, bei Leistungen für Kinder kann ich ruhig etwas weniger veranschlagen. Keiner in diesem Parlament wird nachher sagen: Wir zahlen das Geld nicht und kürzen die Leistung. – So etwas ist verfehlte Haushaltspolitik, denn wenn Sie den Haushalt zu niedrig veranschlagen, trägt das dazu bei, dass an anderer Stelle mehr Geld ausgegeben wird. Ich erhoffe mir, dass die Zahlen für das Jahr 2009 besser sind. Ich bin mir nicht sicher, ich bin aber gespannt. Wir werden es am Ende sehen. Es wird sozusagen Ihre kleine Meisterprüfung sein, ob Sie es wenigstens für dieses Jahr hinbekommen.

(Beifall bei der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wenn, dann schon Meisterinnenprüfung!)

Kommen wir zur **Kindergelderhöhung**. Ja, wir alle haben sofort gesagt, sie ist richtig und gut trotz des Problems, ob es korrekt ist, das erhöhte Kindergeld gegen andere staatliche Leistungen gegenzurechnen. In diesem Zusammenhang müsste man eigentlich über die Bundesratsbank reden. Was passiert denn im Moment? Was machen denn CDU-Minister landesweit? Was machen denn die SPD-Länderminister? Die sagen auf einmal: Ich bin für eine Kindergelderhöhung, aber bezahlen will ich sie als Landesminister nicht, auch wenn ich bisher immer daran beteiligt war. – Frau Ministerin, hier kommt auf Sie harte Arbeit zu. Sie können nicht nur einfach das Finanzministerium agieren lassen und es auffordern: Ihr müsst euch dagegen wehren. – Beim Kindergeld und beim Kinderfreibetrag sind die Länder und Kommunen genauso beteiligt, wenn es wie bisher eine gesamtstaatliche Aufgabe sein soll. Dafür müssen Sie sorgen. Es darf nicht sein, dass der Bund diese nachher alleine bezahlt. Die Länder sich hier aus der Verantwortung stehlen zu lassen, wäre unverantwortlich gegenüber unserer Gesellschaft. (Beifall bei der FDP sowie des Abg. Wolfgang Spanier [SPD])

Sie haben eben so schön von Evaluierung gesprochen, als Sie auf den Einwand von der Kollegin Lenke reagiert haben. Jeder hat jetzt den Eindruck, Sie hätten eine Evaluierung gemacht. Das stimmt zwar, aber es ging folgendermaßen – ich verkürze das etwas –: Ursprünglich wollte man die Leistungen, die es gab, evaluieren und dann schauen, welche falsch ist. Die Grundfrage war ja, warum wir so viel Geld für Kinder und Familien ausgeben, aber so wenig davon im Lande ankommt.

(Ina Lenke [FDP]: Ja, richtig, Otto!)

Jetzt Achtung! Wie lautete die Antwort der Sachverständigen? Sie lautete nicht: Diese Leistung ist falsch, jene Leistung müsste verändert werden. Die Antwort lautete: Da brauchen wir mehr, hier wäre es besser, noch ein wenig mehr zu haben, dort wäre es wichtig, ganz viel mehr zu haben. – Nicht einmal wurde gesagt: Eine Leistung ist falsch, unnötig oder Derartiges. Das war doch keine Evaluierung, was da gemacht worden ist, sondern ein reines Wunsch-dir-was-Programm. (Beifall bei der FDP)

Ich gehe kurz auf die Otto Benecke Stiftung ein. Sie haben diesen Punkt angesprochen und gesagt, dass die Leute übernommen werden. Das betrifft aber nur die Fachleute. Was geschieht mit den anderen, die jetzt Ängste haben, weil Sie die Stiftung nicht weiter finanzieren wollen? Ich gestehe ja zu – das ist ja vollkommen richtig –, dass die Otto Benecke Stiftung in dem Bereich, wo sie bisher arbeitete, nicht mehr arbeiten kann. Sie will das ja auch gar nicht mehr. Das hat sie von sich aus gesagt. Bitte kümmern Sie sich aber auch um die genannten Personen. Der Haushaltsausschuss wird mit Sicherheit ein genaues Auge darauf haben – das sage ich jetzt auch im Namen meiner Mitberichterstatter –, was da passiert.

Ich will noch kurz auf die Erbschaftsteuer zu sprechen kommen. Ich finde es sehr bemerkenswert, dass Sie als Familienministerin das dort verankerte Prinzip der **Kernfamilie** haben durchgehen lassen.

(Beifall bei der FDP) Ich habe Sie immer so verstanden, dass Sie Ihre Partei dahin gebracht hätten, einzusehen, dass der Begriff der Familie viel vielschichtiger ist: Es gibt die Patchwork-Familien, Unterschiede aller Art. (Beifall bei der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Kein Wort zur Familienpolitik, Herr Fricke!)

Aber jetzt kommt Ihre Partei und sagt: Nein, bei der Erbschaftsteuer erkennen wir nur ein Modell von Familie an, das steuerrechtlich bevorzugt wird. Ich halte das für einen großen Schritt zurück. Ich verstehe das nicht. Hierzu hätte ich gerne mehr von Ihnen gehört. (Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) Zum Schluss meiner Rede

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

möchte ich etwas zum Schluss des Lebens sagen. In der Politik gibt es ein hohes Engagement von Senioren.

Bei meinen Bürgergesprächen und beim Zusammentreffen mit Besuchergruppen erlebe ich es immer wieder, dass hier sehr viel kommt. (Christel Humme [SPD]: Wenn das so junge Leute sagen!)

– Da kommt es wieder. Ich trage doch als 43-Jähriger nicht nur Verantwortung für meine drei Kinder. Ich trage auch Verantwortung für meine Eltern, Großeltern, Onkel, Tanten usw. in höherem Alter. Hier zu sagen, das müsste man trennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich für völlig falsch. Man steht in der Mitte des Lebens, und das heißt, man trägt für alle Generationen Verantwortung.

Ich möchte insbesondere auf ein Thema ganz kurz hinaus, nämlich auf die **Patientenverfügung**. Kein Thema wird mir gegenüber von Senioren häufiger angesprochen als die Patientenverfügung. Ich will jetzt nicht die Position darstellen, für die ich stehe, aber ich will ganz bewusst sagen, dass es hier bei den Bürgern sehr viele Ängste und einen unglaublichen Bedarf gibt, diese Ängste abzubauen. Die Bürger sorgen

sich, ob man in ihr Leben hereinreden wolle bzw. was sie tun können, damit man sie nicht so lange wie möglich an irgendwelche Apparate anschließt. Wir müssen hier dringend etwas tun. Eine Ministerin, die für Senioren zuständig ist, muss, auch wenn dieses Problem jedes Ressort betrifft, an dieser Stelle irgendwann bekennen, wo sie hin will, was sie für die Senioren tun will.

Alles in allem: Der Haushalt könnte besser sein. Es sind noch viele Aufgaben zu erledigen; ich bin gespannt, wie Sie das bis zum Ende der Legislaturperiode hinbekommen wollen. Danach werden Sie einen neuen Koalitionspartner benötigen, der Ihnen dabei ein bisschen mehr auf die Beine hilft. Welcher das ist, können Sie sich denken. Herzlichen Dank. (Beifall bei der FDP – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sehr staatstragend, aber am Thema vorbei!)